

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
 liebe Mistreiterinnen und Mitstreiter,

Es hat uns alle sehr betroffen gemacht, als wir hörten, dass an einer Braunschweiger Schule am helllichten Tage zwei Schüler von einem Neonazi brutal verprügelt wurden. So brutal, dass einer der beiden mit einem Kieferbruch ins Krankenhaus gebracht werden musste.

Ich möchte hier zu allererst den beiden Schüler - auch im Namen von uns allen hier - gute Besserung wünschen! Wir haben hier drüben eine Grußkarte mit Genesungswünschen, ich würde mich freuen wenn ihr da alle als Zeichen der Solidarität unterschreibt!

Und auch den anderen Schülerinnen, Schülern, Lehrern und Eltern der Neuen Oberschule wünsche ich, dass sie sich von dem Schock schnell erholen und diesen brutalen Angriff als Ansporn nehmen, ihren Weg als Schule ohne Rassismus als Schule mit Courage engagiert weiter gehen. Lasst euch nicht bange machen und lasst euch nicht einschüchtern! Denn genau das ist das Ziel der Neonazis.

Letzten Montag standen die beiden Neonazis, die an dem Angriff an der Neuen Oberschule beteiligt waren, dort drüben bei BRAGIDA. Nicht nur als einfache Teilnehmer, nein sie durften sogar das Fronttransparent dieser hasserfüllten Wutbürger tragen. Und wie immer will man bei BRAGIDA davon nichts gewusst haben, distanziert sich vordergründig, beschimpft die Presse und das Bündnis gegen Rechts als Lügner und jammert darüber, dass man wieder völlig unberechtigt mit Nazis in einen Topf geworfen werde. Dabei waren die beiden Nazis letzte Woche nicht das erste Mal bei BRAGIDA mit dabei. Schon in der Woche zuvor waren sie da und drohten mir da ganz offen: Wir wissen wo du wohnst, wir kennen dein Auto, wir kommen bei dir auf der Arbeit vorbei. Solche Drohungen sind ja fast schon Alltag für diejenigen, die hier jeden Montag gegen BRAGIDA protestieren.

Ich finde es sehr beängstigend, dass die beiden Neonazis auch jetzt noch, nach dem schlimmen Vorfall an der Neuen Oberschule, herumlaufen, als wäre nichts passiert. Auch in den letzten Tagen haben sie wieder Menschen bedroht. Und am Wochenende verklebten sie oder ihre Freunde von der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ wieder einmal rechte Aufkleber und schmierten Parolen, wie „Nazi Kiez“ und „NS Zone“ im westlichen Ringgebiet.

Der Angriff auf die zwei Schüler der Neuen Oberschule ist auch kein Einzelfall sondern bisheriger Höhepunkt einer ganzen Reihe rechter Aktivitäten und Gewalttaten in dieser Stadt. Es macht wütend, dass es zu diesem brutalen Angriff auf die beiden Schüler kommen konnte, obwohl der Täter als auch sein Begleiter schon zuvor durch mehrere Gewalttaten aufgefallen sind und sie polizeilich bekannt waren. Beide sollen zum Beispiel an der Attacke auf einen Mitarbeiter des Jugendverbandes Die Falken beteiligt gewesen sein. Was muss noch passieren, bis diese Neonazis gestoppt werden?

Wir haben in den letzten Monaten immer wieder davor gewarnt, das auch hier in der Stadt - im Windschatten von BRAGIDA und durch die verschärfte gesellschaftliche

Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen - sich die Neonazis im Aufwind fühlen. Sie treten mittlerweile im selbstbewusster und aggressiver auf.

Die organisierter Neonazigruppen, wie die „Jungen Nationaldemokraten“, sind hier in der Stadt zum Glück zahlenmäßig noch sehr klein. Doch sie fühlen sich ermutigt zu solchen Gewalttaten, weil sie glauben im Namen einer schweigenden Mehrheit zu handeln.

Mit Beginn der Abendspaziergänge von BRAGIDA im letzten Jahr sind die behördlich registrierten rechten Straf- und Gewalttaten in Braunschweig sprunghaft angestiegen. Zählte die Polizei 2014 hier 51 rechte Straftaten, waren es im letzten Jahr mit 91 fast doppelt so viele. Und die rechten Gewalttaten haben sich 2015 im Vergleich zu 2014 sogar verdreifacht! Insgesamt 18 rechtsmotivierte Gewalttaten wurden im letzten Jahr hier in der Stadt registriert. Damit nimmt Braunschweig nach der Region und Stadt Hannover einen traurigen Spitzenplatz im Vergleich zu anderen Orten in Niedersachsen ein.

Und was sagt die Polizei, was sagt die Stadt dazu?

Nachdem im letzten Jahr die steigenden Zahl rechten Straftaten im ersten Halbjahr öffentlich wurde, behauptete Polizeisprecher Grande, dass rechte „Gewaltdelikte im eigentlichen Sinn“ der Polizei nicht bekannt seien. Kennt der Polizeisprecher die eigene Statistik nicht? 18 Gewalttaten registrierte die Polizei 2015, im Durchschnitt also mehr als eine jeden Monat! Als Neonazis Teilnehmer einer Kundgebung des Bündnis gegen Rechts nach deren Beendigung am Nibelungenplatz mit Flaschen und Pfefferspray attackierten, tat die Polizei dies verharmlosend als „Rauferei“ ab.

Nach der Diskussion um das Versagen der Behörden bei der jahrelange Nichtaufklärung der Morde des NSU, nach den Skandalen um die Verstrickungen der Geheimdienste in die rechte Szene, nach all diesen gesellschaftlichen Debatten, hätte man naiver Weise glauben können, jetzt ist endlich Schluss mit der Verharmlosung rechter und rassistischer Gewalt, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten immer wieder erlebt haben. Doch allzu viel so viel hat sich offensichtlich nicht geändert.

Die Gewalt von rechts, die Gewalt der Flüchtlingshasser und Islamfeinde, die hat in den letzten Monaten bundesweit immer weiter zugenommen. Jede Woche brennen irgendwo in Deutschland Flüchtlingsheime.

Und noch immer werden diejenigen meist allein gelassen, die Opfer rechter Bedrohungen und Gewalt werden. Mehrmals haben sich Menschen im letzten Jahr an uns gewandt, weil sie von Neonazis oder BRAGIDA-Anhängern bedroht oder gar angegriffen wurden. Bei dem einen wurden da mal regelmäßig rechte Aufkleber an den Briefkasten geklebt, andere wurden anonym oder offen bedroht und rassistisch beschimpft. Viele Menschen fühlen sich angesichts solcher Drohungen hilflos und machtlos. Auch weil bei vielen der Eindruck entsteht, die Polizei schütze sie nicht und nehme ihre Sorgen und Ängste nicht ernst. Und viele Menschen haben auch Angst eine Anzeige zu stellen, weil die Neonazis so auch an ihren Namen und Adresse kommen können. Die tatsächliche Zahl rechter Bedrohungen und Gewalt dürfte also noch deutlich höher sein als die offiziellen Zahlen.

Und wer Opfer rechter Gewalt wird, der wird allein gelassen mit seiner Angst, dass so etwas erneut passieren kann, allein gelassen mit den Folgen einer solchen Tat.

Wir brauchen deshalb in Niedersachsen und auch hier in der Stadt unverzüglich unabhängige Beratungsstellen für die Menschen, die von Neonazis bedroht werden oder Opfer von rassistischer oder rechter Gewalt geworden sind. Opferberatungsstellen die parteilich auf Seiten der Betroffenen stehen, sie beraten, unterstützen und begleiten.

Und wir sollten denjenigen den Rücken stärken, die sich in dieser Stadt antifaschistisch und antirassistisch engagieren. Gerade wen es sich um Schülerinnen und Schüler, um Jugendliche und ihre Gruppen, und Jugendverbände handelt.

Es ist kein Zufall, dass es meist linke und antifaschistisch engagierte Initiativen und Menschen sind die von den Neonazis gezielt bedroht und attackiert werden. Denn die Nazis wissen, dass sie hier keine eine öffentliche Versammlung durchführen können, ohne das es Protest gibt. Sie wissen, dass es antifaschistische Gruppen sind, die über ihre Aktivitäten, Strukturen, über Aktivisten und Hintermänner aufklären und diese öffentlich benennen und sie aus der Anonymität holen.

Und so setzen die Neonazis auf Einschüchterungen, Drohungen und Gewalt um ihre Handlungsspielräume wieder zu vergrößern.

Wir sollten unseren Blick aber nicht nur auf die Gewalttaten von rechts richten, sondern auch dahin, wo rechte Gruppen im Alltag auftreten, wo Jugendliche mit Flugblättern, per Facebook und mit Freizeitaktivitäten geködert werden. Und wir sollten unseren Blick auch in die Mitte der Gesellschaft richten, wo rechtspopulistische Parolen und rassistische Ressentiments zunehmend auf fruchtbaren Boden fallen. Und wir müssen den Blick auch kritisch auf die Politik richten, denn da ist es nicht allein die AfD, die meint angesichts der zunehmenden Flüchtlingsbewegungen mit Worten zündeln zu müssen. Auch manch demokratischer Politiker hofft mit markigen Sprüchen den Stammtisch gewinnen zu können, indem er PEGIDA und die Rechtspopulisten noch rechts überholt.

Eine Kundgebung wie heute ist ein wichtiges Signal. Ein Signal der Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt. Aber so eine Kundgebung wird die Nazis nicht stoppen.

Wo es um die Verfolgung von rechten Straftaten geht müssen wir ein wachsames und kritisches Auge auf den Umgang von Polizei und Justiz damit haben. Wo Neonazis in der Öffentlichkeit, an Schulen oder im Internet agitieren müssen wir als Zivilgesellschaft hinschauen, aufklären, aktiv werden und deutlich machen, dass wir extrem rechte Hetze und Gewalttaten nicht dulden! Wenn Neonazis Menschen bedrohen und angreifen, wenn ein hasserfüllter Mob vor Flüchtlingsheimen aufzieht, dann gilt es sich schützend davor zu stellen! Und wenn nötig müssen wir dabei auch Courage zeigen und handfest eingreifen.

Gemeinsam, entschlossen und solidarisch!